Liebe Mitglieder,

jetzt hat die neue Bundesregierung wohl völlig den Kompass verloren. Während das Bundesministerium für Gesundheit zwei alte Ampelgesetze nahezu unverändert wieder einbringt, veröffentlicht die Pflegebevollmächtigte ein von ihrer SPD-Vorgängerin beauftragtes Gutachten, in dem die verbindliche kommunale Pflegestrukturplanung gefordert wird. Was für ein Irrsinn. Natürlich habe ich Sie dazu sofort öffentlich angeschrieben.

„Liebe Frau Staffler, weiß Friedrich Merz eigentlich, dass Sie für Bürokratismus und Planwirtschaft stehen? Nachdem das BMG schon zwei Ampel-Gesetzentwürfe nahezu unverändert veröffentlicht hat, bringen Sie als Pflegebevollmächtigte nun ein Gutachten Ihrer Vorgängerin in die Öffentlichkeit, das Bürokratie aufbaut, Investitionen erschwert und kommunale Planwirtschaft ermöglicht.

Noch vor wenigen Tagen haben Sie gegenüber dem Tagesspiegel kritisiert, dass die langen Zahlungsfristen der überforderten Sozialämter die Existenz zahlreicher Pflegeeinrichtungen gefährden. Erst gestern gab es wieder in der Tagesschau Berichte darüber, dass eine Pflegeeinrichtung in Not geraten ist, weil ein Sozialamt monatelang untätig bleibt.

Nun wollen Sie, dass diese finanziell und personell völlig überlasteten Kommunen künftig die Bedarfssteuerung in der Pflege übernehmen. Das ist der Weg in die schön nach Kassenlage geplante Unterversorgung, aber nicht der Investitionsbooster, den die Bundesregierung verspricht und den wir in der Pflege dringend brauchen.

Der Staat soll entscheiden, welche Versorgungsformen den Bürgern überhaupt angeboten werden? Das ist Dirigismus und staatliche Bevormundung. Wie gut die öffentliche Hand unternehmerische Entscheidungen treffen kann, erleben die Bürgerinnen und Bürger doch Tag für Tag bei der Bahn, beim Zustand der Schulen, bei Schwimmbädern und anderer Infrastruktur. Diese Fehlsteuerung darf doch nicht auch noch auf Bereiche übertragen werden, in denen es kompetente Träger gibt, die auf eigenes Risiko die Angebotsvielfalt sichern.“

Der bpa steht auf Bundes- und Landesebene in kontinuierlichem Austausch mit den zuständigen Entscheidungsträgern – darunter auch Frau Staffler sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck und öffentlicher Sichtbarkeit gegen Maßnahmen einsetzen, die unnötige Bürokratie fördern und Investitionen behindern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Bernd Meurer

bpa-Präsident

Impressum

© bpa e. V., Berlin, Friedrichstraße 148, 10117 Berlin, Tel.: 030/30 87 88 60, Fax: 030/30 87 88 89, www.bpa.de, bund@bpa.de. Vertretungsberechtigter Vorstand: Bernd Meurer (Präsident), Margit Benkenstein (stellv. Präsidentin). Vereinsregisternummer: Amtsgericht Hamburg, VR 7640, Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 214 658 052. Verantwortlich i. S. v. § 10 Abs. 3 MDStV und § 55 Abs. 2 RStV: Norbert Grote, Redaktion: Christopher Ratter

Abmelden / Unsubscribe